

Round-Table am 18.4.2008

Bündnis 90/Die Grünen im 5-Parteiensystem: Programmpartei in wechselnden Mehrheiten

Motiv der Debattenrunde war es, vor dem Erfahrungshintergrund der diesjährigen drei Landtagswahlen der Frage nachzugehen, wie B90/Die Grünen strategisch klug mit den amivalenten Herausforderungen umgehen können, die das aktuelle Parteiensystem den Parteien abverlangt. Die Volksparteien – insbesondere die SPD – sind schwächer geworden, mit Grünen, FDP und der Linken stehen drei Parteien um die 10% am Start. Die tradierten politischen Lager sind bei Regierungsbildungen nicht mehr mehrheitsfähig, die Medien spekulieren seit 2005 bereits mit wilden Farbkombinationen. Eine neue Flexibilität ist gefragt, aber: Was numerisch geht, muß noch lange nicht politisch realisierbar sein. Insbesondere die Grünen leben von ihrem Profil einer Programm-Partei. Wie kann diese Partei es bewältigen, in wechselnden Koalitionen zur mehrheitssichernden Funktionspartei zu werden, ohne zu zerreißen, sondern möglichst dabei inhaltliches Profil und Identität zu stärken?

Einige Tage zuvor hatten Bündnis90/Die Grünen beim Länderrat (kleiner Parteitag) bereits den Beschluss gefasst, in die kommenden Wahlkämpfe ohne Koalitionsaussagen zu gehen („Dem Wechsel eine Richtung geben – Der Inhalt macht den Unterschied“). Zudem hatten sich koalitionspolitische Nebel gelichtet, indem sich die hessische rot-grün-rot-Debatte politisch erledigt hatte, in Hamburg aber am Vortag der erste schwarz-grüne Koalitionsvertrag auf Landesebene unterzeichnet wurde - eine Zäsur im deutschen Parteiengefüge.

Den Demoskopien Richard Hilmer erläuterte an einigen Aspekten empirische Überschneidungen der Wählerklientel zwischen den Parteien. Die Umfragen bestätigen die Schwächung der Volksparteien (besonders die SPD leidet unter der großen Koalition). Zwischen den kleineren Parteien ist der Kampf um den dritten Rang noch nicht ausgemacht; in der Hinsicht werde die Bundestagswahl ein „interessantes Rennen“.

Die Grünen – bei 10% - zogen NeuwählerInnen und WechselwählerInnen aus der SPD und Nichtwähler-Lager. Ein Rinnsal kommt gar von der FDP. Diese Bewegungen zusammen kompensierten die relativ starken Verluste an die Linke. Derzeit erreichen weder CDU/FDP SPD/GRÜ oder SPD/FDP/GRÜ eine rechnerische Mehrheit bei einer Bundestagswahl, wohl aber CDU/GRÜ oder SPD/LI/GRÜ. – Relevant auch die These, dass die derzeitige Parteienmelange ein Erstarren des rechten Randes verhindert habe: z. B. in Hamburg erfolgt der stärkste Zustrom zur Linken aus dem Spektrum der „Sonstigen Parteien“.

Beschreibung der Grünen WählerInnenschaft: größter Anteil im mittleren Alter, großer Anteil mit Hochschulabschluss, darunter etwas mehr Frauen als Männer, viele Beamte und Angestellte; bei der Wahl in Hamburg auch viele Selbstständige. Die Grünen haben im Parteienvergleich die homogenste WählerInnenschaft („Engagiertes Bürgertum“ und „Kritische Bildungseliten“). Davon haben die kritischen Bildungseliten wenig Beziehung zur CDU, während es beim engagierten Bürgertum zumindest kulturelle Überschneidung gibt (relevant speziell für Stadtstaaten wie HH). Und generell gilt: Bündnis 90/Die Grünen sind eine städtische Partei. – Hinsichtlich der Werte-Bindung ist die Differenz von Bündnis 90/Grüne zur CDU größer als zur SPD. In der Gewichtung einzelner Werte zeigen sich erstaunliche Annäherungen,

allerdings ist bei der **alternativen** Gewichtung von Leistung und Solidarität („was von beidem ist wichtiger.“) ist die Unterscheidung zur CDU stark. Zudem sind die Parteien durch klare inhaltliche Zuschreibungen unterschieden: Grün = Umwelt (bei ansteigender Gewichtung sozialer Gerechtigkeit); SPD = Gerechtigkeit, CDU = Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Bekannt sind die Unterschiede in der Beurteilung konkreter Politikfelder (krass: Atomausstieg; schwächer: Klima und Online-Durchsuchungen); das Thema „Mindestlohn“ einigt die Wähler aller Parteien deutlich.

- Wunschkoalition der Berliner WählerInnen für Berlin: Rot-Grün. FDP-Koalition = unbeliebt; Schwarz-Grün wird weiter attraktiver.
 - **Relevant hierfür ist, dass Angela Merkel im grünen Wählerklientel auf deutliche Zustimmung stößt.**
 - Zustimmung zu Rot-Grün wuchs auch erst mit der Koalitionserfahrung ab 1998; ist heute aber eindeutig die primäre Option des Grünen Wahlvolks. Zweit-Präferenz bei Grünen-WählerInnen liegt zu 55% bei SPD, zu 12% bei Linke.
 - Demografie muss ihre Sortierkriterien für die Gruppe der 60-70jährigen aufbessern; jetzt schon ist verändertes Stimmverhalten in dieser Altersgruppe beobachtbar, demnächst rutscht die GründerInnen-Generation da rein, so dass die Grünen hier Zuwächse verzeichnen dürften.
 - Die **Ost-West-Differenz im Elektorat ist für die Grünen dramatisch**: Das engagierte Bürgertum fehlt, die kritischen Bildungseliten sind dort eher der Linken zugeordnet. Der Stadt-Land-Unterschied ist weniger deutlich (auch weil die Städte fehlen/ soziologisch weniger markant sind)
-

Christoph Egle:

Herausforderungen der wechselnden strategischen Optionen der Grünen im 5-Parteien-System – „politikwissenschaftliche Spekulationen“, nennt er das.

These: Das Projekt Rot-Grün hat nicht nur keine Mehrheit mehr, es ist auch inhaltlich am Ende: Die nötigen Reformen sind bis 2001 durchgeführt worden, die Agenda 2010 hat zur Abwahl von Rot-Grün geführt. Rot-Grün war eine Gesinnungs- oder Schnittmengenkoalition, schwarz-grün wäre eher eine Ergänzungscoalition.

Bündnis 90/Die Grünen haben als reine Oppositionspartei keine Zukunft, müssen also existentiell an Koalitionsoptionen interessiert sein. Die Ausgangslage stellt sich günstig, da sie bei allen gehandelten Dreier-Konstellationen mit dabei sind.

Eine Herausforderung für den Anspruch der programmatischen Profilierung besteht noch darin, dass der Slogan: „Erst Sachfragen, dann Personalfragen“ Unsinn sei (Motto Joschka Fischer: 50% der Sachfragen würden durch richtige Personenwahl gelöst)... Personen und „Chemie“ sind gerade für Koalitionsbildung und –erfolg maßgeblich. Aufgabe: Personal herausbilden; Profilierungsmöglichkeiten für potentielle MinisterInnen schaffen. – **Lothar Probst** weist in dem Kontext darauf hin, das entscheidend ist, wie Koalitions-Krisen-Management geführt wird. (These: Die Ampelkoalition in Bremen ist an fehlendem Vertrauen der Personen zueinander und

fehlendem Krisenmanagement gescheitert.)

Die Parteibasis das entscheidende Nadelöhr für jede Koalition bei den Grünen. Stimmen und Mitglieder können bei jeder Koalition am je anderen Rand verloren gehen. Erfolgs- und Überzeugungsfaktoren nach allen Seiten müssen daher strategisch sein: Einfluss maximieren nach Ämtern und Profil. – Generell bleiben die Parteitage die eigentliche Hürde für jede Koalition. **Steffi Lemke** sieht in dem Zusammenhang für die Zustimmung- und Vertrauensfrage weniger das Problem, dass Personen und Programme auseinander fallen könnten, sondern dass der Länderratsbeschluss reicht als integrative Maßnahme nicht aus, um die Mitgliedschaft auf einen sehr offenen Wahlkampf vorzubereiten.

→ In Koalitionen strebt jeder Koalitionspartner nach der maximalen Ämterzahl. Dabei wird relevant, dass „Lagerwechsel teuer ist“ (Krista Sager): Wo ein kleiner Koalitionspartner zugunsten einer Koalition sein „natürliches“ Lager verlässt, kann er einen höheren Preis aushandeln. Insofern kann die FDP einen Vorteil aus der Ampelkoalition erwarten, bei Jamaika – oder: bei Schwarz-Grün - die Grünen.

→ These: Profilierung geht besser bei größeren Unterschieden. Die Ampel erscheint als angenehm (Neoliberalismus der FDP wird durch SPD abgefangen, Bürgerrechte können mit der FDP durchgesetzt werden) – aber mit geringen Profilierungsmöglichkeiten.

Bei einer Jamaika-Koalition finden sich die Grünen dagegen in einer Randposition, was wegen des Neoliberalismus der FDP schwierig ist, aber eine Profilierung ist sehr gut möglich. (bleibt freilich recht abstrakte Gedankenübung, denn gleichzeitig dürfte gelten, dass vielleicht Profilierung leichter, aber das laufende Geschäft wird schwieriger, kommentiert Dieter Rulff.)

Ein Linksbündnis ist ebenfalls sehr gut möglich, auf Bundesebene wegen außenpolitischer Differenzen unwahrscheinlich, aber durchaus eine Option für die Landesebenen.

→ Die Empfehlung lautet, dass die Grünen strategisch unterschiedliche Koalitionsbündnisse zugleich anstreben sollten, um möglichst viele WählerInnen zu halten (WählerInnen der Grünen sind sehr viel pragmatischer als die eigentliche Parteibasis). Sowohl eine Öffnung zur CDU und zur Linken sind möglich, wenn sie gleichzeitig erfolgen. Das setzt voraus, dass die Grünen einige zentrale Projekte formulieren, die koalitionsstrategisch in unterschiedlichen Bündnissen gehen und sichtbar bleiben. (Klingt pragmatisch bestechend, hat aber auch heikle Implikationen: heißt das, die Grünen können bestimmte Themen – Bsp. „Mindestlohn“ - nicht mehr aufrufen, um keinen potentiellen Koalitionspartner zu verprellen? Fordert solche Logik eine schärfere Schmalspurigkeit im Wahlkampf-Programm?)

Weitere in der Diskussion aufgeworfene Aspekte:

- Gewinn: Koalitionen werden nicht mehr zwangsläufig als Identitätsgemeinschaften verstanden (H.Wiesenthal).
- Ein Offenhalten aller Koalitionsoptionen führt zum Wegfall taktischer Wähler: Allerdings sind die Grünen nach Stand der Dinge rechnerisch relativ wenig auf taktische Wählergruppen angewiesen. – Für die Grüne Basis sollte das

Argument bestechen, dass die Alternative in einer Perspektive der Opposition auf Dauer liegen würde

- Generell gilt: Es gibt mehr Brutto-Koalitionen (2 Parteien, die nahe aneinander sind, suchen sich eine dritte. So ist auch die große Koalition zustande gekommen, die dritte Kraft fehlt dort nur.) – Ein Blick auf die Erfolgsbedingungen von Dreierkoalitionen in europäischen Nachbarländern fehlt!
- Die WählerInnen sind vergleichsweise offen, wenn die Koalitionen „einleuchten“, aber Personen und Programme müssen konsistent bleiben, Offenheit darf nicht zur politischen Beliebigkeit führen. Dazu gehört, sich in jedem Bundesland sehr genau anzuschauen, welche Möglichkeiten vor Ort bestehen, um den Verdacht der Beliebigkeit auszuräumen.
- Auch wo Politikfelder arbeitsteilig verantwortet werden: Stehen nicht in der Bilanz einer Koalition alle Partner für die ganze Politik in Haftung? Wie kann sich Aufteilung „Ergänzung“ dazu verhalten, dass am Ende auch das Handeln des „fremden“ Koalitionspartners auf der eigenen Seite zu Buche schlägt? (Debatte darüber, inwieweit dies ein typisches Problem des „identitäten“ Missverständnisses einer rot-grünen Koalition gewesen sei und sich künftig klarer praktizieren und kommunizieren lasse..)

TEIL 2 – Im Praxistest:

Im zweiten Teil der Veranstaltung berichteten vier PolitikerInnen Berichte aus der Koalitions-Praxis: In rot-grünen Bündnissen arbeiten Jutta Ebeling (kommunal - Stadt Frankfurt/M.) und Matthias Güldner (Stadtstaat - Fraktionsvorsitz Bremische Bürgerschaft). Aus den eben erfolgreich beendeten Hamburger schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen berichtete Krista Sager MdB. Und aus einer gänzlich anders gelagerten Gemengelage - in Thüringen – berichtete Astrid Rothe-Beinlich (BuVo; LaVo Thüringen).

Jutta Ebeling

wurde unter Rot-Grün gewählt. Hat schon 2001 schwarz-grün versucht, der Versuch wurde aber unter einem Vorwand wegen des Aufstands der Basis abgebrochen. Darauf folgte lange Zeit eine ganz große Koalition aus vier Parteien, die 2006 zugunsten von schwarz-grün beendet wurde. Bei vielen Punkten wurde dabei deutlich mehr erreicht als mit der SPD, nur der Flughafen ist Dissens (aber sowohl mit CDU und SPD).

Zwei Frauen sind an der Spitze der Stadtregierung, die Koalition läuft außerordentlich gut, das Krisenmanagement ist ebenfalls gut, die CDU ist deutlich verlässlicher als die SPD. Ein Generationswechsel hat stattgefunden, die Generation der Mitte 30-Jährigen kann sehr viel besser miteinander umgehen.

Die größere inhaltliche Distanz kann zum Vorteil werden, der Umgang miteinander ist respektvoller, es gibt kaum Formelkompromisse, man einigt sich eher in der Sache. Die CDU ist hierarchisch organisiert, deswegen sehr verlässlich.

Das Zustandekommen der Frankfurter Koalition wurde sehr unterstützt von der Finanzwelt, der kulturellen Welt und auch den jeweiligen Mitgliedern. Sie achten auf Erfolge der beiden Partner, die persönliche Chemie stimmt, die Koalition in Frankfurt ist sehr erfolgreich. Auf der Landesebene ist die Akzeptanz so nicht gegeben (Stichwort: Hetzer-Wahlkampf). Jamaika im Land würde als Verrat gewertet, auch von Wohlmeinenden.

In der Zukunft sollte man sehr vorsichtig sein beim Ausschluss von Koalitionsoptionen.

Den Verlust von Bündnis 90/Die Grünen sieht sie bei der Polarisierung im Lagerwahlkampf.

Aber: Die SPD in Hessen ist nicht politikfähig.

Frage: Wie soll man sich bei rot-rot-grün profilieren? Als Stimme der Vernunft? Somit würden die Bündnisgrünen aber nach rechts wandern...

Fazit: Auf Inhalte setzen, nicht in egal welcher Koalition, aber auf Inhalte konzentrieren.

Krista Sager

Bestätigt in vielem die von Jutta Ebeling beschriebenen Erfahrungen („gleiche Augenhöhe“; Verlässlichkeit) und betont noch mal, dass die handelnden Personen bei einer Koalitionsbildung eine große Rolle spielen. Im Hamburger Fall ein sehr flexibler (!) Bürgermeister - sowie ein sehr großer personeller (**generationeller!**) **Wechsel** bei der CDU.

Die großstädtische CDU weiß, dass sie auf Feldern wie Integration, Bildung, Klima etc. Glaubwürdigkeit verloren hat, was sie sich aber gar nicht leisten kann – und deshalb jetzt „bei den Grünen einkauft“. Der dafür seitens Grün erforderliche „Lagerwechsel“ wird relativ hoch bezahlt (Politische Zugeständnisse; Koalitionstext; Anzahl und Relevanz der Ministerien).

Es gilt zu vermitteln und zu praktizieren: Schwarz-grün in Hamburg ist eine **Ergänzungskoalition, keine Schnittmengenkoalition**. Im Koalitionsvertrag gibt es keine gemeinsame Weltinterpretation. Es ist vielmehr eine „Sowohl-als auch“ Koalition, die Wirtschaft und Klimaschutz, Sicherheit und Integration verbindet. Das unterscheidet sie von „lagerinternen“ Linkskoalitionen, in denen zudem die grüne Profilierung deutlich schwerer fällt als neben einer kooperationswilligen CDU. In Hamburg fallen alle rot-grün-Themen aufs Konto der Grünen (soz. Wohnungsbau, Gerechtigkeitsfragen, Bildung..)

Lagerwechsel ist teuer auch hausintern, nämlich dort, wo er als „Lagerrerrat“ gewertet wird. Die Grünen haben WählerInnenstimmen verloren, aber die Schwarz-Grün-Debatte im Wahlkampf war doch auch eine Voraussetzung für die jetzt zustande gekommene Koalition. Zudem zeigt sich, dass die Courage belohnt wird: Die Akzeptanz der Koalition stieg rasch auf derzeit 72% unter den Grünen-AnhängerInnen.

Matthias Güldner

ist Teil einer „Gesinnungskoalition“ im Rahmen einer komfortablen rot-grünen Mehrheit.

Zum Bremer setting gehört die „Linke“, die hier zum ersten Mal in einen westdeutschen Landtag einzog. Vor dieser Erfahrung glaubt M.G. nicht an die – von R.Hilmer vertretene – Dauerhaftigkeit des Fünf-Parteien-Systems: Die PDL bilde kein Erfolgsmodell, weil sie extrem heterogen aufgestellt sei (jede Person ein Programm), dem gegenüber verspreche Bodo Ramelow's Bemühen, sie auf Linie zu bringen, wenig Erfolg. (Zweifelnde Nachfragen hierzu verglichen die frühen Grünen mit dieser Beschreibung ...) Rot-Grün hat das gemeinsame Interesse, die Linke wieder aus dem Parlament zu verdrängen, da sie beiden schade. Auch den Grünen zieht sie WählerInnen ab (die Frage ist, ob das reduziert würde, wenn die Linke wieder außerparlamentarisch operieren müsste). Als Strategie taugt nicht der Ex-SED-Vorwurf, viel eher schon der Hinweis auf die fehlende finanzielle Solidität und Nachhaltigkeit der PDL-Programme.

Die SPD stellt sich dar als eine zutiefst gesplante Partei (Gewerkschaftsflügel; CDU-, Grünen-, Linken-affine Kreise). Sie agiert zunehmend linkstraditionalistisch, staatsdirigistisch, wenig transparent, mit wenig Neigung zur direkten Demokratie. Deswegen übernehmen die Grünen in Bremen immer mehr die Rolle der FDP bei einer sozialliberalen Koalition.

Koalitions-Offenheit muss sehr kontext- und situationsabhängig beurteilt werden: Die Bremer CDU etwa ist nicht regierungsfähig, liefert sich stattdessen Schaukämpfe mit der FDP.

Astrid Rothe

kann das unterstreichen: Die Thüringer CDU – derzeit noch mit knapper absoluter Mehrheit - ist untergehend, und der Verdacht, die Grünen könnten eine Koalition mit ihr erwägen, würde sie relevant Stimmen kosten.

Zugleich ist die strategische Gemengelage für die Grünen richtig schwierig: Die Grünen müssen mit der nächsten Wahl wieder in den Landtag, um ihr Überleben zu gewährleisten – aber wie/ mit wem?

- Die SPD (unter Matschie) schlägt vor, die Grünen im Wahlkampf nicht anzugreifen, und dafür sollen die Grünen die (stärkere) Linke von einem (schwächeren) SPD-Ministerpräsidenten überzeugen.
- Rot-rot-grün ist aber keine Attraktion: Der Kandidat der Linken wird wohl Bodo Ramelow, ein Mann aus dem hessischen Gewerkschaftsmilieu, dem A.R. zutraut, dass er „alles verkauft“, wenn´s seinen Zielen dient. (Opportunismus in Religionsfragen; gegenüber enttarntem IM im thür.Landtag Er taucht derzeit in der Red.-Gruppe des Regierungsprogramms nicht auf, hat auch aktuell keinen Wohnsitz in Thüringen, ist aber das einzige „Gesicht“ der Linken in Thüringen. Die wird allerdings wohl auch ohne „Gesicht“ gewählt (hohe Parteibindung). Programmtext: „Die Linke muss die Systemfrage stellen.“ Die Linke ist im Osten traditionalistisch-autoritätsgläubig (ähnlich wie CDU).
- Warum wird dennoch über rot-rot-grün diskutiert? Weil mit dieser CDU nichts möglich ist, weil an vielen Stellen alternativlos mit den beiden roten Parteien zusammengearbeitet wird. Große Koalition ist eine Option, allerdings aus Sicht der SPD wahrscheinlich negativ gewertet.